

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 581

Mittwoch, 22. April 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Energiewende in Guatemala?.....	1
Teil 2: Strategien und soziale Konflikte.....	1
Ixil-Solartechnikerinnen.....	3
Schmugglerbande bei der Steueraufsicht SAT: Verhaftungen hoher Funktionäre.....	4
Schwarzer Tag für PP, Teil 1: Vizepräsidentin unter Druck.....	4
Schwarzer Tag für PP, Teil 2: Sinibaldi will kein PP-Präsidentschaftskandidat mehr sein.....	5
Manager des Bergwerks San Rafael wegen Umweltverschmutzung inhaftiert.....	5
Gefälschte Beweise im Fall La Puya.....	6
Vier Publikationen schliessen sich mit Cerigua zum Projekt #Die Wahrheit wirkt zusammen.....	6

Energiewende in Guatemala?

Teil 2: Strategien und soziale Konflikte

Im vorherigen Heft haben wir die gesetzlichen Grundlagen und den Status Quo bezüglich der Erneuerbaren Energien in Guatemala vorgestellt. Nun geht es neben der Strategie der Regierung und einer Zusammenstellung von internationalen Förderern um die Frage, wie sich eine Energiewende im Umfeld der bestehenden sozialen und politischen Konflikte einbetten lässt – oder auch nicht.

Mit welcher Strategie will die Regierung den CO₂-Ausstoss vermindern?

Durch das Gesetz über Anreize ist die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert worden. Es ermöglichte weiterhin – mit Hilfe von ausländischen Investitionen – mehr als die Hälfte des Stroms mit erneuerbaren Energien zu erzeugen. Tendenz steigend. Die nationalen und ausländischen Investitionen stiegen seit dem Gesetzesbeschluss exponentiell. Das lag vor allem auch am Stromnetzausbau. Dieser bietet die Möglichkeit des Stromverkaufs auf dem regionalen Markt. Der interregionale Energiehandel führte allerdings auch zu einer Erweiterung des Anbaus von Rohrzucker zur Herstellung von Biokraftstoffen. Die Investition des Staates konzentrierten sich hauptsächlich auf Unternehmen der Stromverteilung, die auf Public-private-Partnership basieren, also auf der Förderung von Firmen, die ihre Gelder aus privatem und öffentlichen Kapital beziehen. Für die Generierung von Strom aus erneuerbaren Energien wurden ebenfalls städtische Projekte gefördert, die allerdings weniger zahlreich sind als die privat finanzierten Projekte.

Das Umweltministerium (MEM) erhielt im Zeitraum 2013/14 44% der direkten ausländischen Investitionen. Das entspricht einem Wert von 51 Millionen US-Dollar. Das Gros der Investitionen geht dabei in die Wasserkraft, aber auch in die Nutzung von Erdöl. Aber Windkraft und Solarenergie, die zwar derzeit noch eine geringe Rolle spielen, sind als zukünftige Energiequellen ausbaufähig. Das führte zu einer Entwicklung von Unternehmen, die sich auf den Verkauf von Photovoltaik-Modulen spezialisierten. Zum einen ermöglicht dies den Leuten vermehrt, ihre eigene Energie zu produzieren und die überschüssige am regionalen Markt zu verkaufen.

Von woher stammt die Unterstützung für Guatemalas Energiewende?

Das MEM gibt auf seiner Webseite Auskunft über Projekte im Zusammenhang mit der Nutzung von erneuerbaren Energien, die die Regierung mit internationalen Partnern verfolgt:⁵

- EURO-SOLAR ist ein Programm, welches von der EU gefördert wird und eine Dauer von vier Jahren hat. Das Budget beträgt 5,6 Millionen, die EU übernimmt 78% der Kosten und Guatemala die restlichen 22%. Das Programm besteht in den Departements Baja Verapaz, Alta Verapaz, Chiquimula, Huehuetenango, Izabal Petén und Quiché.⁶
- JICA: Die Japanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit finanziert ein Projekt zur Förderung von produktiven Aktivitäten in den Dörfern im Norden von Guatemala, die saubere Energie nutzen. Die Spende beträgt 11 Millionen US-Dollar, Guatemala trägt eine Million US-Dollar dazu bei. Mit diesem Projekt sollen in Chahal, Cahabón und Panzós, Departement Alta Verapaz, die Familieneinkommen von 22 Gemeinden mit 1.017, in grösster Armut lebenden, Haushalten durch den Bau von Mikrowasserkraftwerken und den dazu gehörigen Stromverteilungssysteme verbessert werden. Des weiteren wird unter anderen für drei Jahre technische Unterstützung zur Bedienung und Instandhaltung der Systeme gegeben, sowie Fortbildungen über Unternehmensverwaltung, Nutzung moderner Energien und die Anwendung des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism).⁷
- BID: Die Interamerikanische Entwicklungsbank gewährte 500.000 US-Dollar für das Programm zur Unterstützung des Umwelt- und Sozialmanagements zur Stärkung der privaten Partizipation in der Entwicklung von Quellen erneuerbarer Energien in Guatemala. Die BID hat weiterhin 505.000 US-Dollar für den Aktionsplan der Biokraftstoffe bewilligt. Der Aktionsplan umfasst Studien über die Einführung eines nationalen Programms zur Produktion und Nutzung von Biokraftstoffen als alternative Energiequellen. Ziel ist die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.
- CEPAL: Die Ökonomische Kommission für Lateinamerika und die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) förderten ein Projekt für einen effizienten Holzverbrauch in Zentralamerika. Ziel ist zum einen über politische Massnahmen zur Förderung nachhaltiger Holzproduktion zu diskutieren, zum anderen die Nutzung von verbesserten Holzöfen in ländlichen Gegenden zu fördern.

Erneuerbare Energie gleich saubere Energie?

Die Stromerzeugung und -verteilung führt schon seit Bürgerkriegszeiten zu Konflikten. So wurde zum Beispiel im Rahmen des Projekts der nördlichen Zone in den 1970ern der Staudamm Xalalá geplant. Soziale Proteste haben bisher die Ausführung des Plans verhindert. Auch die Gewinnung von Biokraftstoffen aus dem Anbau von Monokulturen ist ein Grund zur Kritik. Ein Beispiel dafür ist das fruchtbare Polochic-Tal. Im März 2011 wurden 800 Familien teilweise mit brutalen Zwangsmitteln umgesiedelt und, wenn überhaupt, auf wenig ertragreiche Grundstücke verwiesen. Dafür wurde in diesem Gebiet das Unternehmen Chabil Utzaj aktiv: Mit finanzieller Unterstützung der Central American Bank for Economic Integration (CABEL) baute es dort Rohrzucker zur Produktion von Biokraftstoff an. Laut Rights Action ist dies nicht nur in Anbetracht der Ernährungssicherheit des Landes problematisch, sondern damit seien massive Eingriffe in die Umwelt verbunden. Durch die Umleitung der Flüsse sei das Hochwasserrisiko extrem angestiegen. Gleichzeitig seien Böden verstärkt der Erosion ausgesetzt. Ebenfalls sind die zur Bewässerung benötigten Wassermengen höher.

Auch die Verteilung des erzeugten Stroms läuft nicht ohne Probleme, wie der Streit zwischen AnwohnerInnen und Unión Fenosa deutlich machte: überhöhte Rechnungen, Stromausfälle, exzessive Wiederanschlusskosten nach Nichtzahlung der zu hohen Rechnungen [Vgl. *Fijáte!* 579]. Und trotz des überregionalen Handels mit Strom sind noch immer nicht alle Gebiete in Guatemala am Stromnetz angeschlossen.

Soziale Konflikte und Stromgenerierung⁸

Guatemala möchte seinen Energiemix auf erneuerbare Energien ausrichten und damit die Strompreise senken. Um dies zu erreichen werden neue Projekte, vor allem Wasserkraftwerke, von privaten Unternehmen gefördert. Soziale Konflikte aber haben die Entwicklung dieser Pläne behindert. Bewaffnete, maskierte Gruppen zerstören die Anlagen von Wasserkraftwerken. Dafür können die Protestierenden verantwortlich gewesen sein, die sich aus unterschiedlichen Gründen gegen das Werk stellen, aber auch AkteurInnen, die dadurch die sozialen Proteste diffamieren wollen.

Von seinem hohen Potential von fast 5.000 MW wird die Energie der Wasserkraft nur 18 % genutzt – zum Teil aufgrund der sozialen Konflikte. Das trübe das Vertrauen nationaler und internationaler Banken oder Finanzinstitutionen, beklagte 2014 der damalige Umweltminister, Luis Ortiz: „Je grösser die Unsicherheit bezüglich des Baus eines Wasserkraftwerks ist, desto teurer wird es“. Im Jahr 2014 befanden sich zehn Wasserkraft-Projekte in der Bauphase und 24 in der Planung. Einige davon konnten mit dem Bau erst gar nicht beginnen, andere wurden trotz bestehender Lizenz während des Baus gestoppt. „Schuld“ daran sind die Widerstände der GegnerInnen. Diese GegnerInnen werden mit Verhaftung und Kriminalisierung bedroht. Oft aber sind die Gründe der Proteste recht einfach nachvollziehbar: fehlende Informationen zum geplanten Projekt schaffen ein Klima des Misstrauens. Beispiel Wasserkraftwerk CANBALAM in Santa Cruz Barillas, Departement Huehuetenango, betrieben von Hidro Santa Cruz S.A. Ausnahmezustände und Todesopfer waren die Folgen des Konflikts. Fehlende Beteiligung und Mitsprache der AnwohnerInnen darüber, wie sie ihre Um-

welt und natürlichen Ressourcen nutzen wollen, führen ebenfalls zu Misstrauen und verhindern jeglichen Dialog. Volksabstimmungen entscheiden regelmässig gegen geplante Projekte. Diese Entscheidungen sind aber nicht bindend, trotz des Abkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ebenso spielt der vergangene bewaffnete innere Konflikt und Landstreitigkeiten eine grosse Rolle.

Die Konflikte, vor allem auch wegen des Stromnetzausbaus, begannen bereits kurz nach der Unterzeichnung des Strom-Gesetzes Mitte der 1990er Jahre. Im Jahr 2010, als das Programm zur Ausweitung der Stromerzeugung (PEG 1) verabschiedet wurde, führte das Regionale Institut für politische Studien (IRALEP) eine Untersuchung von 27 Konflikten um Wasserkraftwerke durch. Sie schlussfolgert, dass die Konflikte vor allem durch die Art und Weise der Durchsetzung des Chixoy-Staudamms beeinflusst worden sind. Die Regierung versucht mit runden Tischen zu beschwichtigen, mit wenig Erfolg. Die Unternehmen selbst versuchen ebenfalls den Dialog mit den BewohnerInnen aufzubauen und die Menschen zu „informieren“, kommen damit aber oft zu spät, denn dies muss vor Baubeginn erfolgen und die Beteiligung der Betroffenen sicherstellen. Klar ist, dass die Regierung diese „Konfliktzonen“ nicht mehr uneingeschränkt kontrollieren kann. Die Forderungen und Rechte der AnwohnerInnen und die Wünsche der Unternehmen und Investoren miteinander zu vereinbaren, ist kompliziert. Das Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, ist verlockend, aber nicht immer erfüllbar. Das wirtschaftliche Entwicklungsmodell der einen entspricht nicht dem der anderen Partei. Die Energiewende in Guatemala könnte, ebenso wie die globale Energiewende, an sozialen und politischen Problemen scheitern, obwohl das Potential, die Technologie und das Kapital vorhanden sind.

Quellen:

⁵(<http://www.mem.gob.gt/viceministerio-del-area-energetica-2/proyectos/>)

⁶ (www.programaeuro-solar.eu).

⁷ *Zum einen ist dies ein Verfahren zu einer umweltverträglicheren Produktion von Gütern, zum anderen ist es für Staaten (in diesem Fall von Japan), im Rahmen des Emissionshandels durch Projekte im Ausland (hier in Guatemala), Zertifikate für Emissionsreduktionen zu erhalten. Siehe United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (Hrsg.): Kyoto Protocol Reference Manual on Accounting of Emissions and Assigned Amount. Bonn 2008. Online: http://unfccc.int/resource/docs/publications/08_unfccc_kp_ref_manual.pdf [Die Red.]*

⁸ <https://semanariopreguntas.wordpress.com/2014/05/14/generacion-de-energia-y-conflictos-sociales-en-guatemala/>

Sonstige Quelle: Diario República, Guatemala

Ixil-Solartechnikerinnen

Guatemala, 13. Apr. Zwei Frauen des Ixil-Volkes aus San Juan Cotzal, Departement Quiché, reisten Ende März nach Indien um im Barefoot College Solartechnik zu studieren – mit dem Ziel, danach in ihren Gemeinden Solaranlagen für ihre Familien zu installieren und Instand zu halten. Catarina Cuyuch, 41, und Catarina Santiago Matías, 35, verliessen zum ersten Mal Guatemala, um ab dem 30. März für sechs Monate an der Universität Barefoot College der NRO des gleichen Namens zu studieren. Keine der beiden besitzt einen Schulabschluss. Das Barefoot College ist keine traditionelle Fachhochschule, es wird die beiden Frauen und Mütter zu Solartechnikerinnen ausbilden.

Rodrigo Paris, Direktor des Barefoot College für Lateinamerika, gab in einem Interview an, dass schon mehr als 1.000 Frauen aus 64 Ländern ausgebildet worden seien. „Wir unterrichten die Frauen in Solartechnik. Das Programm richtet sich ausschliesslich an Gemeinden, in denen kein Stromanschluss existiert“, erklärt Paris.

Die Idee ist es, nicht eine Solaranlage dort zu installieren, sondern Mütter oder Grossmütter dazu auszubilden, es selbst zu tun. „Wir schenken den Gemeinden nichts, wir tun nicht so, als ob es Leute sind, die nichts können und auf Almosen angewiesen sind. Mit dem Programm soll aufgezeigt werden, dass Frauen sehr wohl technische Fähigkeiten besitzen“, erklärt Paris. Die Gemeinden müssen 30 Quetzales pro Monat für den Stromservice und die Solarpanel zahlen, es ist nicht kostenlos, „denn was kostenlos ist, wird nicht wertgeschätzt“. Dadurch sollen ein punktuelles Problem (das Fehlen des Stroms) und ein strukturelles Problem (das Fehlen von Möglichkeiten in ländlichen Gemeinden) gelöst werden.

Die Kriterien für die Auswahl von Kandidatinnen für das Programm richten sich nach dem Alter: zwischen 35 und 55 Jahren. Und es müssen Mütter sein. Das wird damit begründet, dass sie dadurch mehr mit dem Ort verwurzelt sind, in dem sie leben, und es ihnen eine Zukunftsperspektive gibt. Die Frauen, als Zentrum der Gemeinden, sollen gestärkt werden, zum Schutz und Erhalt der Gemeinden, denen die AnwohnerInnen auf der Suche nach Arbeit in die Städte davonlaufen.

Die praktische Folge vom Strom ist es, dass es eine grössere nutzbare Spanne des Tages erlaubt. Wenn es um 18 Uhr dunkel wird und kein Licht vorhanden ist, kann man schlecht Essen für den nächsten Tag vorbereiten oder lernen. „Das Licht gibt auch Hoffnung zu glauben, dass die Dinge möglich sind.“ gab Paris an. (LH)

Schmugglerbande bei der Steueraufsicht SAT: Verhaftungen hoher Funktionäre

Guatemala, 20. Apr. Aufgrund einer von der CICIG und der Staatsanwaltschaft (MP) durchgeführten Untersuchung wurden mehr als 20 Personen, darunter einige hohe Amtsträger der Obersten Steueraufsicht (SAT), wegen Zollvergehen verhaftet. Unter den Verhafteten ist auch der Leiter der SAT, Omar Franco, sein Vorgänger Carlos Muñoz und der ArbeitnehmerInnenvertreter, Anthony Segura Franco. Allen wird Mitgliedschaft in einer Schmugglerbande, Schmuggel von Zollwaren und Steuerhinterziehung vorgeworfen. Nach den bisherigen Ermittlungen gab es innerhalb der SAT ein Netzwerk, das diese Handlungen an verschiedenen Zollstellen beging. Dabei haben diese für eingeführte Waren weniger Steuern verlangt, sofern die BesitzerInnen dieser Produkte ein Bestechungsgeld auf einem Bankkonto hinterlegten. Laut Ermittlungen geschah dies allein zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in 500 Fällen. Diese kriminelle Organisation wurde demnach von ausserhalb der SAT von dem ebenfalls verhafteten Salvador González geleitet – und von dem Privatsekretär der Vizepräsidentin, Juan Carlos Monzón Rojas.

Der Leiter der CICIG, Iván Velásquez, berichtete, dass die Ermittlungen im Mai 2014 begannen: die ErmittlerInnen hatten den Verdacht, dass eine Gruppe von Importeuren in Schmuggleien verwickelt seien und dass sie Kontakte mit einem Netz von Zollstellen hätten, um Steuerzahlungen zu umgehen. Das Netzwerk gab den Importeuren Telefonnummern, die laut Auswertung von aufgezeichneten Telefongesprächen nahelegten, dass hohe Funktionäre der SAT an den Deals beteiligt waren. Es wurde weiterhin ermittelt, dass die Zollverfahren und -kontrollen vorab von oberster Stelle der SAT zu den Gruppen ausserhalb der SAT kommuniziert wurden. Diese wiederum entschieden dann strategisch, wie viel weniger Steuern zu zahlen wären. Sie wiesen die MitarbeiterInnen des SAT an, bei den Zolluntersuchungen entsprechend der Ziele der Bande zu handeln, also ihre Leute so zu platzieren, dass die Deals durchgeführt werden konnten. Der Kommissar der CICIG hob die Bedeutung der „Einheit für spezielle Untersuchungen“ (Unidad de Métodos Especiales) hervor, da diese unverzichtbar sei, um gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen. Die Untersuchung dauerte acht Monate, umfasste die Verfolgung und Überwachung der Mitglieder der Bande, die Analyse von 66.000 Telefonaten, 6.000 Emails und die Auswertung von Dokumenten durch FinanzexpertInnen. Damit – so Velásquez – beruhe die Anklage nicht auf Zeugenaussagen, sondern auf objektiven Beweisen und Dokumenten.

Die Aushebung der Bande ist angesichts der aktuellen Diskussion über die Fortsetzung der Arbeit der CICIG im Land von Bedeutung. Das Mandat der CICIG läuft im September 2015 aus. Verschiedene Sektoren der Zivilgesellschaft und der Justiz wünschen sich weiterhin deren Unterstützung, während Präsident Otto Pérez Molina zwar noch nicht endgültig entschieden hat, aber angeblich eine Beendigung der Arbeit bevorzugt.

Stellungnahmen

Der Direktor des Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien (icefi), Jonathan Menkos, stimmt mit Marroquín in dessen Einschätzung bezüglich der Korruption des Staates überein. Die mangelnde Steuermoral vieler Guatemalteken führt er unter anderen auf diesen Umstand zurück. Er schätzt, dass die Steuermindereinnahmen bis Ende des Jahres zwischen 1,5 und 2 Milliarden Quetzales (ca. 150-200 Millionen Euro) betragen werden. Für Hugo Maúl, Wissenschaftler des Zentrums für Nationale Wirtschaftsstudien (CIEN), stellen die Verhaftungen eine Möglichkeit dar, die Institutionen des Steuerwesens umzubauen und eine Steuerpolitik einzuführen, die verlässlich ist und die SteuerzahlerInnen nicht benachteiligt. Sich gegen die CICIG zu stellen, wäre aus seiner Sicht nicht nur eine schlechte, sondern eine lächerliche Haltung des Präsidenten.

Schwarzer Tag für PP, Teil 1: Vizepräsidentin unter Druck

Guatemala-Stadt, 20. Apr. Die Verhaftung hoher Funktionäre der SAT sowie die Verwicklung des Privatsekretärs der Vizepräsidentin, Juan Carlos Monzón Rojas, setzen die Politik unter Druck. Laut Manfred Marroquín, Vorsitzender der BürgerInnenaktion (AC), werde das für Roxana Baldetti zu einem Drahtseilakt. Aus seiner Sicht sei Guatemala von mafiosen und kriminellen Banden „ko-optiert“ worden, was sich darin äussere, dass der Privatsekretär einer Vizepräsidentin offenbar eine verbrecherische Bande geleitet habe. Es sei unannehmbar, dass eine solche Person über eine solch lange Zeit Unterschlupf bei der Inhaberin des zweithöchsten Amtes im Staat erhalten habe.

Präsident Otto Pérez Molina betonte in einer Pressekonferenz, dass er nicht den Rücktritt der Vizepräsidentin fordern werde. Er verwies darauf, dass der Leiter der CICIG ihm auf seine Frage, ob die Verwicklung von Monzón die Mitwisserschaft der Vizepräsidentin impliziere, mit einem klaren Nein geantwortet habe. Seine Regierung werde sich nicht in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der CICIG einmischen. Der Präsident sagte weiterhin, dass Monzón sich gemeinsam mit Baldetti in Seoul, Südkorea befinde, wo die Vizepräsidentin eine Ehrendoktorwürde empfangen habe. Als ihr gesagt wurde, dass Monzón per Haftbefehl gesucht werde, habe sie ihn angerufen und ihm seine Entlassung mitgeteilt und verlangt, dass er sich in Guatemala erklären müsse. Er habe dabei zugesichert, dass er sich stellen werde.

Roxana Baldetti gab zu, grundsätzlich von Ermittlungen der CICIG gewusst zu haben, aber nicht dass ihr Privatsekretär Gegenstand der Ermittlungen sei. Sie habe sich nicht einmischen wollen. Inzwischen machte Baldetti Soledad Barrios Rivas zu ihrer neuen Privatsekretärin. Sie ist Juristin und Sozialwissenschaftlerin, arbeitete eine Zeitlang für Casa Alianza und war in der Staatsanwaltschaft tätig – als Expertin in Korruptionsfragen. (Cerigua)

Monzón weiter auf der Flucht

Das ist offensichtlich nicht geschehen, denn laut Prensa Libre vom 20. April wird er weiterhin international gesucht, u.a. auch von Interpol. Er soll sich womöglich in Spanien aufhalten. Monzón ist einer der Gründungsmitglieder der PP und hatte einige Regierungämter inne, wie die Vizepräsidentin nach ihrer Rückkehr sagte.

Schwarzer Tag für PP, Teil 2: Sinibaldi will kein PP-Präsidentschaftskandidat mehr sein

Guatemala-Stadt, 20. Apr. Neben dem Druck auf Roxana Baldetti gibt es für die Regierungspartei PP eine weitere Kröte zu schlucken: Alexandro Sinibaldi hat seine Kandidatur um die Präsidentschaft für die PP zurückgezogen, da er Baldetti Sabotage an seinem Wahlkampf vorwirft und der Partei Korruption und eine an Eigeninteressen orientierte Politik: „Die Patriotische Partei hat keine Prinzipien mehr. Dieser falsche Weg verpflichtet mich zu dieser Entscheidung.“, erklärte Sinibaldi. Er sei nicht bereit, die enormen Kosten für diese Fehler zu zahlen, und nennt den Skandal am Amatitlán-See, die Krankenhauskrise und die Einmischungen in Zoll- und Hafengelegenheiten, die er als Minister stets abgelehnt hatte, da sie die Transparenz schwächen. Er sei bereits seit längerer Zeit in vielen Punkten uneinig gewesen mit der offiziellen Parteilinie, aber sein Vertrauen sei mit dem Skandal um die Schmuggelbande des Juan Carlos Monzón Rojas, dem Privatsekretär von Roxana Baldetti, gänzlich verloren gegangen.

Sinibaldi lobt die professionelle Arbeit der CICIG und fordert eine Verlängerung des Mandats. Er selbst trete zurück, da er nicht an einem Projekt mitarbeiten wolle, dessen einziges Ziel es sei, die Kongressabgeordneten zu bedienen, deren Interessen zu schützen und die Straffreiheit für Korruption im Umfeld der Vizepräsidentin aufrecht zu halten. Baldetti würde seinen Wahlkampf stetig blockieren. Es habe insofern nicht den einen Anlass gegeben, der zu dieser Entscheidung führte. Baldetti gab zwar gewisse Meinungsverschiedenheiten mit Sinibaldi zu, aber diese feindliche Haltung könne sie sich nicht erklären. Sie habe seine Kandidatur stets unterstützt.

Sinibaldi sagte, er habe von vielen Parteien und Vereinigungen wie auch von BürgermeisterInnen und Abgeordneten Einladungen bekommen, ihrer Organisation beizutreten. Aber er habe sich noch nicht entschieden. Er sehe zwei Optionen für sich: entweder einer grossen Bewegung zur Veränderung des Landes beizutreten oder sich in die Familie zurückzuziehen. Einen Bruch mit Präsident Pérez Molina gibt es augenscheinlich nicht: Mit diesem habe er schon vor längerer Zeit gesprochen, dieser habe seine Entscheidung verstanden und respektiere diese.

Reaktion der PP

Der Fraktionsvorsitzende Gudy Rivera kritisierte in scharfen Worten Sinibaldi und nannte ihn einen Verräter an der Partei. Der Parteivorstand werde nun entscheiden, wer neue/r PräsidentschaftskandidatIn werden wird. Dies werde ohne Einflussnahme durch Präsident und Vizepräsidentin geschehen. Vehement widersprach er auch Gerüchten, nach denen Innenminister Mauricio López Bonilla bald von seinem Posten zurücktreten würde.

Manager des Bergwerks San Rafael wegen Umweltverschmutzung inhaftiert

Guatemala, 14. Apr. Carlos Roberto Morales, Manager der Mine San Rafael in San Rafael las Flores, Departement Santa Rosa, wurde in Untersuchungshaft genommen, da er von der Staatsanwaltschaft wegen Kontaminierung von Wasser mit Industrieabfällen angeklagt wird, sagte Rafael Maldonado, Anwalt vom Zentrum der legalen, ökologischen und sozialen Aktion von Guatemala (CALAS). „Das ist das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass ein Manager eines Bergbaubetriebs wegen der Verschmutzung eines Flusses ins Gefängnis geschickt wird“, erklärte Maldonado.

Die Verhaftung basiert auf einer der Anzeige von 2010, als die industrielle Verschmutzung des Wassers eines Nebenarms des Flusses Los Esclavos bekannt wurde. Der Fluss ist wichtig für den Wasserhaushalt von Santa Rosa. Demnach kippte das Bergbauunternehmen flüssige Abfälle, die sie für die Erkundung der Minerale des Bergwerks San Rafael benötigten, in den Bach. Das bewirkte die Verschmutzung des Wassers mit festen Schwebstoffen und eine Farbänderung. In den Gemeinden von San Rafael Las Flores, Casillas und Nueva Santa Rosa konnten weder Mensch noch Tier das Wasser trinken. Auch die Nutzung in der Landwirtschaft war nach Ansicht von Maldonado dort ausgeschlossen.

Carlos Roberto Morales wurde verhaftet, da er der derzeitige Verwalter des Unternehmens ist und eine gerichtliche Untersuchung der Geschehnisse angefordert wurde. Man sah eine Verdunkelungsgefahr als gegeben an. Allerdings wurde Morales auf Bitten der Firma in ein spezielles Gefängnis geschickt, „da er jemand mit Geld ist“, wie Maldonado bedauert. Am 12. Juni wird der Prozessbeginn sein. Das Bergbauunternehmen bestreitet, negative Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen zu verursachen und will Einspruch gegen die Entscheidung einlegen.

In der Vergangenheit führte die Arbeit der Mine San Rafael zu mehreren Gewalttaten in der Zone. 2012 rief Präsident Pérez Molina einen einwöchigen Ausnahmezustand aus, in der die gesamte Zone militarisiert war. Grund waren Verletzte und Todesopfer bei Ausschreitungen von Personen, die sich gegen und für das Bergwerk aussprechen. (PL)

Gefälschte Beweise im Fall La Puya

Guatemala, 15. Apr. Nachdem vier Gemeindeführer aus La Puya vom Gericht wieder auf freien Fuss gesetzt wurden, beorderte das Gericht auch die mit dem Fall betraute Staatsanwaltschaft die Fälschung von Beweisen zu überprüfen. Das Urteil, das am vergangenen 27. Februar ergangen war, hatte ebenfalls eine Untersuchung der möglichen Fälschung von Beweisen angeordnet. Mit den fraglichen Dokumenten sollte bewiesen werden, dass die vier Angeklagten für die Bedrohung und das illegale Festhalten der Arbeiter des Bergwerksprojekt El Tambor verantwortlich waren.

Rafael Maldonado, Anwalt von CALAS, erklärte, dass zwei der Beweise, nämlich die, in denen die Aussagen von je einem Kläger enthalten sind, angeblich am selben Tag und zur selben Uhrzeit gemacht worden waren – was unmöglich ist, da sie vom selben Staatsanwalt unterschrieben worden. Ausserdem wurden diese Beweise erst kurz vor Prozessbeginn aufgenommen, was ebenso fraglich ist. Das Gericht fand darüber hinaus weitere Fehler in der Beweisführung. Maldonado sagte, dass das Urteil und die Ermittlungsanweisung des Gerichts als Präzedenzfall für eine Anzeige gegen die Staatsanwaltschaft von Palencia, die für die Ermittlung in diesem Fall zuständig war, dienen werden. (LH)

Vier Publikationen schliessen sich mit Cerigua zum Projekt *#Die Wahrheit wirkt* zusammen

Guatemala, 17. Apr. Die Medien wehren sich gegen die Drohungen der letzten Monate. Nun haben sich vier gesellschaftskritische Publikationen – [ContraPoder](#), [Plaza Pública](#), [Nómada](#) und [Soy502](#) – mit Hilfe der Nachrichtenagentur Cerigua zu einem gemeinsamen Projekt zusammengeschlossen. Es trägt den programmatischen Titel *#Die Wahrheit wirkt* und hat das Ziel, die Hintergründe der Morde an Danilo López und Federico Salazar in Suchitepéquez zu recherchieren und weitem Versuchen der Einschüchterung entgegenzuwirken. Die Allianz will alle Anstrengungen unternehmen, die KollegInnen zu ehren, und klarzustellen, dass die Wahrheit stärker als alle Zensur und Machtmissbräuche ist.

Eine Reportage der Journalistin Elsa Coronado ist die erste Publikation, die von den beteiligten Medien veröffentlicht wurde. Sie zeigt auf, dass die Spezialeinheit „Bedrohung gegen JournalistInnen“ der Staatsanwaltschaft, die die drei Morde in Suchitepéquez untersucht, aus fünf ErmittlerInnen besteht, die mehr als 100 Fälle von Morden, Angriffen, Drohanrufen etc. gegen Presseleute bearbeiten müssen. Jeder der vier ErmittlerInnen (das fünfte Teammitglied ist für Verwaltungsarbeit zuständig) müsse 32 Fälle bearbeiten. Die Spezialeinheit hat ihr Büro in Mazatenango aufgeschlagen, dort wo am 10. März Danilo López und Federico Salazar ermordet wurden. Der Leiter, Benito Herrera, hat nicht mehr Personal erhalten, um Aussagen und Beweisanträge aufzunehmen, Dokumente zu überprüfen, Anklageschriften zu verfassen etc. Aktuell hat er 130 Fälle mit dem Status „in der Ermittlungsphase“, darunter auch den Fall des 2009 ermordeten Reporters von Telecentro 13, Rolando Santiz, und sogar den bekannten Fall des Politikers und Medienunternehmers Jorge Carpio Nicoll, der 1993 (!) ermordet wurde. Schliesslich muss die Spezialeinheit auch noch den Schutz von 20 bedrohten JournalistInnen in Suchitepéquez koordinieren, von denen einige Zeuginnen der Morde an López und Salazar waren. Trotz dieser Arbeitsüberlastung und mangelnder Unterstützung von höheren Hierarchieebenen der Staatsanwaltschaft fordere das Innenministerium eine noch aktivere Rolle der Spezialeinheit beim Schutz der JournalistInnen.

Ileana Alamilla, die Direktorin von Cerigua, ist der Ansicht, dass dieses Ziel nur dann erreicht werden könne, wenn diese Einheit mit mehr Personal, Budget und Fahrzeugen ausgestattet werde.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@web.de (ab 23. Mai: fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6